

Vertreter:

Herr Gerhard Cosse	SPD	Vertretung für Herrn Jürgen Roscher
Herr Dennis Kahle	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner
Herr Friedrich Theismann	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Kahle

Gäste:

Frau Esters-Gardeweg	Leiterin Verbraucherbe- ratung bis TOP 9 - 18:34 Uhr
----------------------	--

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Christine Karasch	Beigeordnete
Herr Jürgen Grimberg	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Christoph Noelke	Fachbereichsleiter 3 bis TOP 9 - 18:34 Uhr
Frau Julia Seebeck	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils schlägt Herr Dr. Lüttmann vor, die Vorlage 278/16 – Verfahren zum Verkauf stark nachgefragter und bedeutender städtischer Grundstücke sowie Vermarktungskonzept eines städtischen Grundstücks an der Osnabrücker Straße – im öffentlichen Teil anstelle im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beraten, da es keinen Grund für die Nichtöffentlichkeit des Tagesordnungspunktes gebe. Die Vorlage soll als TOP 7 beraten werden.

Herr Hachmann bittet um Absetzung des Vorlage 262/16 - Organisationsuntersuchung der Feuer- und Rettungswache (FuRW), da es dazu noch klärungsbedarf innerhalb der CDU-Fraktion gebe.

Die Ausschussmitglieder stimmen den Vorschlägen zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung am 28.06.2016

0:03:25

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 28.06.2016 gefassten Beschlüsse

0:03:25

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen der Verwaltung

0:03:47

Es liegen keine Informationen vor.

4. Jahresbericht 2015 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen Beratungsstelle Rheine Vorlage: 261/16

0:03:58

Frau Esters-Gardeweg informiert anhand der als Anlage der Vorlage beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über den Jahresbericht 2015 der Verbraucherberatungsstelle Rheine.

Herr Dr. Lüttmann sowie die Fraktionen bedanken sich für die Präsentation.

Herr Brunsch bittet darum, die Aufstellung „Das Jahr in Zahlen“ mit der Auflistung der häufigsten Verbraucherprobleme in der Präsentation im nächsten Jahr wieder aufzunehmen, um beobachten zu können, wo sich Veränderungen in den Schwerpunkten der Beratungsthemen ergeben.

Herr Bonk bezieht sich auf die Einrichtung von Basiskonten. Er weist darauf hin, dass Banken und Sparkassen neuerdings, aufgrund der Niedrigzinsphase, Gebühren, die vorher nicht erhoben worden seien, erheben. Herr Bonk bemängelt, dass man umso weniger für ein Konto bezahle, je höher das Einkommen und der

Geldfluss auf das Konto seien. Herr Bonk bittet darum, dass die Verbraucherberatung oder der Bundesverband der Verbraucherberatung gegen die Ungleichbehandlung politischen Druck ausübe.

Herr Ortel macht deutlich, dass durch die Arbeit der Verbraucherberatung auch ein Stückweit aktive Kriminalitätsbekämpfung betrieben werde.

Herr Reiske fragt an, ob alle in Rheine lebenden Menschen, gerade auch Menschen mit Migrationshintergrund und mit Handicap an allen Banken ein Girokonto eröffnen können und sie ihr Recht darauf auch durchsetzen können.

Frau Esters-Gardeweg teilt mit, dass alle Menschen seit dem 18. Juni 2016 einen Rechtsanspruch auf ein Basiskonto haben. Bislang sei deswegen noch kein Rat-suchender an die Verbraucherberatungsstelle herangetreten.

Herr Cosse bezieht sich auf die Beratung zur Heizkostenabrechnung und -absenkung und fragt an, ob es Verbindungen zur Klimaschutzstelle gebe.

Frau Esters-Gardeweg teilt mit, dass die Verbraucherberatung eine anbieterunabhängige Beratung durchführe. Ziel sei es, Verbrauchern mit hohem Energieverbrauch Hinweise zu geben, um Energie zu sparen. Außerdem biete die Verbraucherberatung eine Rechtsberatung bei Problemen mit der Jahresverbrauchsabrechnung an.

Herr Doerenkamp bittet darum, der Niederschrift die Abrechnung der Verbraucherzentrale für das Jahr 2015 (Anlage 1) beizufügen.

Frau Stockel fragt an, ob Flüchtlinge die Beratungsstelle aufsuchen und wenn ja, welche Probleme diese haben.

Frau Esters-Gardeweg informiert, dass Flüchtlinge erst in diesem Jahr die Beratungsstelle aufsuchen und deren Anfragen sich alle auf den Telekommunikations- und Versicherungsbereich beziehen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2015 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen – Beratungsstelle Rheine – zur Kenntnis.

5. Organisationsuntersuchung der Feuer- und Rettungswache (FuRW) Vorlage: 262/16

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

**6. Altersteilzeitregelung bei der Stadt Rheine
Vorlage: 260/16**

0:37:24

Frau Stockel teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, da die Beamten gegenüber den tariflichen Beschäftigten deutlich schlechter gestellt werden würden. Es sei nicht nachvollziehbar, warum jemand der eine Stelle mit einem kw-Vermerk habe, die Altersteilzeitregelung nutzen könne und jemand auf einer anderen Stelle, ohne kw-Vermerk, die Regelung nicht nutzen könne.

Herr Hachmann informiert, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt:

1. Der bestehende Grundsatzbeschluss des Rates vom 7. November 2006 zur Altersteilzeitregelung von tariflich Beschäftigten und Beamten/Beamtinnen wird aufgehoben.
2. Die Anwendung des § 66 (Altersteilzeit) des Landesbeamtengesetzes NRW (LBG NRW) wird gem. § 66 Absatz 3 LBG NRW auf die Gruppe der Beamtinnen und Beamten begrenzt, die
 - a) das 60. Lebensjahr vollendet haben und über eine Schwerbehinderung im Sinne des § 2 Absatz 2 des Sozialgesetzbuches IX verfügen oder
 - b) das 60. Lebensjahr vollendet haben und deren Stelle mit einem kw-Vermerk im Stellenplan versehen ist.

Die Bewilligung der Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte erfolgt im Blockmodell.

3. Grundsätzlich werden Altersteilzeitvereinbarungen mit tariflich Beschäftigten nur im Rahmen des tariflichen Anspruchs gem. § 4 Abs. 2 Tarifvertrag zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) geschlossen (Anspruch auf Altersteilzeit bis zu einer Quote von 2,5 Prozent der Beschäftigten). Ausgenommen von dieser grundsätzlichen Regelung sind die Beschäftigten, die über eine Schwerbehinderung im Sinne des § 2 Absatz 2 des Sozialgesetzbuches IX verfügen oder deren Stelle mit einem kw-Vermerk versehen ist.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	14	Ja-Stimmen
	6	Nein-Stimmen

**7. Verfahren zum Verkauf stark nachgefragter und bedeutender städtischer Grundstücke sowie Vermarktungskonzept eines städtischen Grundstücks an der Osnabrücker Straße
Vorlage: 278/16**

0:42:10

Herr Brunsch fragt an, wie der m²-Preis ermittelt worden sei und wie der Preis zukünftig ermittelt werde. Herr Brunsch bezieht sich auf den Punkt 2.3 a des Beschlussvorschlages und fragt an, ob mit der Fläche von 3.500 m² auch die Realisierung des Aldi-Marktes möglich sei.

Herr Krümpel erläutert, dass die Wertfindung in enger Abstimmung mit dem Gutachterausschuss erfolgt sei. Es wurde ein Mindestpreis festgesetzt, den man erzielen wolle.

Frau Karasch teilt mit, dass das Einzelhandelsgutachten an der Stelle ausdrücklich großflächigen Einzelhandel ausgeschlossen habe. Ein großflächiger Aldi benötige ein Sondergebiet und könne an der Stelle nicht realisiert werden.

Herr Brauer bezieht sich auf Punkt 1 des Beschlussvorschlages „Die Vergabeentscheidung erfolgt auf Vorschlag eines Auswahlgremiums durch den Haupt- und Finanzausschuss bzw. Rat der Stadt Rheine“ und fragt an, was für ein Auswahlgremium die Vorentscheidung treffen solle. Herr Brauer regt an, dass die Politik in dem Gremium vertreten sein müsse. Die Entscheidung könne die Verwaltung nicht alleine treffen.

Frau Karasch informiert, dass bisher ein verwaltungsinternes Auswahlgremium vorgesehen gewesen sei, welches die Vorschläge für den Haupt- und Finanzausschuss vorbereite. Wenn es jedoch gewünscht sei, könne das Verfahren um ein weiteres Auswahlgremium mit politischer Beteiligung ergänzt werden. Dann müsste man sich noch über die Besetzung abstimmen.

Herr Hachmann fragt an, wie mit den Bewerbern umgegangen werde, die nicht vom Auswahlgremium vorgeschlagen werden würden. Herr Hachmann teilt mit, dass, wenn er alle Bewerber vorgestellt bekomme und der Haupt- und Finanzausschuss dann darüber entscheiden könne, die Vorschläge ruhig von einem internen Auswahlgremium erstellt werden können.

Frau Karasch erläutert, dass die Projekte mit den Inhalten und Angeboten vorgestellt werden und, dass dann ein Vorschlag von Seiten der Verwaltung für eins dieser Projekte erfolgen würde. Die Entscheidung liege beim Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Gude regt ebenfalls an, ein Auswahlgremium mit politischer Beteiligung einzurichten, um den Prozess zu vereinfachen.

Herr Krümpel weist darauf hin, dass es noch viele andere Grundstücke ohne Brisanz, wie z. B. eine Spielplatzfläche, gebe, die vergeben werden, für die nicht immer Auswahlgremien installiert werden müssen. Der Begriff Auswahlgremium sei daher allgemein gehalten.

Herr Brauer macht deutlich, dass hier ein Grundsatzbeschluss für städtische Grundstücke gefasst werde und man zukünftig nicht bei einem Grundstück mit Auswahlgremium und bei einem anderen Grundstück ohne Auswahlgremium entscheiden könne. Die Regelung müsse für alle Grundstücke gelten.

Herr Gude schlägt vor, die Passage „auf Vorschlag eines Auswahlgremiums“ rauszunehmen.

Frau Floyd-Wenke teilt mit, dass sie dem Vermarktungskonzept nur zustimmen würde, wenn ein Auswahlgremium unter Beteiligung der Politik eingesetzt werden würde. Frau Floyd-Wenke bezieht sich auf den Punkt 2.4 der Vorlage und fasst zusammen, dass 50 % der Wohnungen im geförderten Wohnungsbau errichtet werden sollen und wenn der Antrag wegen fehlender Mittel abgelehnt werden sollte, frei finanziert gebaut werden könne.

Frau Floyd-Wenke fragt an, ob der Teil gestrichen werden könne.

Herr Krümpel erläutert, dass der geförderte Wohnungsbau gewünscht sei. Der Investor habe die volle Antragsstellung nachzuweisen. Sollte der Kreis keine Mittel bereitstellen, müsse der Investor in die Lage gesetzt werden, dass er auch frei finanzieren könne. Das Bestreben sei aber natürlich der geförderte Wohnungsbau.

Herr Cosse schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu teilen.

- a) Verfahren zum Verkauf nachgefragter Grundstücke
- b) Vermarktungskonzept an der Osnabrücker Straße

Herr Weßling teilt mit, dass die SPD-Fraktion in der gestrigen Fraktionssitzung über den Tagesordnungspunkt intensiv diskutiert habe. Man habe sich darauf geeinigt, dass man über die Punkte getrennt abstimmt möchte. Die SPD-Fraktion könne dem Punkt 1 zustimmen. Bei Punkt 2 habe die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf und würde den Punkt gerne in die nächste Haupt- und Finanzausschusssitzung oder die nächste Ratssitzung verschieben.

Herr Dr. Lüttmann lässt über den ersten Teil des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Verkauf stark nachgefragter und bedeutender Grundstücke der Stadt Rheine erfolgt nach dem folgenden Vermarktungskonzept:

Die Stadt Rheine bewirbt die Grundstücke mit einem Mindestkaufpreis im Rahmen eines Best-Price-Verfahrens durch Anschreiben an die Interessenten und durch öffentliche Werbung in der Presse oder im Internet.

Die Bewerber erhalten drei Monate Zeit, einen städtebaulichen Entwurf mit Nutzungskonzept vorzulegen und ein Kaufpreisangebot zu unterbreiten.

Die vorgelegte städtebauliche Gestaltung und das Nutzungskonzept werden mit 70 Prozent und der gebotene Grundstückskaufpreis (oberhalb

Mindestpreis) mit 30 Prozent bewertet.

Die Vergabeentscheidung erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss bzw. Rat der Stadt Rheine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Dr. Lüttmann lässt sodann darüber abstimmen, den Punkt 2 des Beschlussvorschlages in die nächste Ratssitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

8. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

8.1. Straßenschäden Eingabe eines Anwohners des Wacholderweges

1:18:07

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass eine Eingabe vorliege. Er berichtet, dass ein Anwohner des Wacholderweges Straßenschäden am Ortsausgang B 65 zwischen Tacke und Russenweg bemängelt und um baldige Abhilfe bittet. Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, die Eingabe an die Stadtverwaltung zu verweisen. Diese wird den zuständigen Straßenbaustraßenträger informieren.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

9. Einwohnerfragestunde

1:18:38

Es folgen keine Wortmeldungen.

10. Anfragen und Anregungen

10.1. Fördermittel zur Schulsanierung, Anfrage von Herrn Weßling

1:18:47

Herr Weßling teilt mit, dass das Land Nordrhein-Westfalen ein Programm zur Sanierung von Schulen aufgelegt habe. Herr Weßling fragt, ob die Stadtverwaltung mit dem Land NRW Kontakt aufgenommen habe, um Fördermittel aus dem Förderprogramm zu erhalten.

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass die Förderrichtlinien für das Programm „Gute Schule 2020“ erst für September 2016 angekündigt seien. Man habe das Programm aber im Blick.

10.2. Heckenbeschneidung im Bereich der Friedenstraße, Anfrage von Herrn Weßling

1:19:23

Herr Weßling bemängelt die Situation am Bahnübergang an der Friedenstraße. Die Deutsche Bahn kümmere sich nicht um die Beschneidung der Hecken. Herr Weßling habe die Problematik in den letzten Jahren des Öfteren im Bauausschuss angesprochen. Erst wenn die Stadt Rheine eine Ersatzvornahme angedroht habe, sei die Deutsche Bahn aktiv geworden.

Herr Dr. Lüttmann sagt zu, die Angelegenheit den Technischen Betrieben weiterzuleiten.

10.3. Verkehrsaufkommen Bentlage, Anregung von Herrn Weßling

1:20:31

Herr Weßling bezieht sich auf die Diskussion zur Zulassung von Kraftfahrzeugen bei bestimmten Veranstaltungen in Bentlage. Viele Bürgerinnen und Bürger, die im Bentlager Wald spazieren gehen, fühlen sich durch das erhöhte Verkehrsaufkommen belästigt. Die SPD-Fraktion bittet um Prüfung, wie hoch die Intensität der Bewegung in Bentlage tatsächlich sei. Es solle eine Datenerhebung durchgeführt werden, um eventuell Maßnahmen, wie z. B. stärkere Kontrollen durch Politessen, zu ergreifen.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass die Verkehrssituation mit einem Verkehrsschild klar geregelt sei.

Herr Noelke informiert, dass der Fachbereich 3 eine Topo-Box, die die Geschwindigkeit von Fahrzeugen anzeige, besitze. Die Box evaluiere außerdem sehr gründlich Verkehrsströme. Die Box könne gerne für den Bereich Bentlage nutzbar gemacht werden. Da sie allerdings sehr stark ausgelastet sei, könne das noch etwas dauern.

Herr Dr. Lüttmann sichert zu, die Situation zu überprüfen.

Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass die Bundeswehr der Theodor-Blank-Kaserne ebenfalls ein solches Gerät besitzt.

10.4. Kastration von Katzen, Anregung von Herrn Weßling

1:22:10

Herr Weßling fragt an, inwieweit die Stadt Rheine über eine Kastrationspflicht von Katzen nachdenke. Es sollte überlegt werden, eine Satzung zur Kastrationspflicht für Katzen zu erlassen. Viele andere Städte haben das bereits getan.

Herr Noelke informiert, dass das Thema durch die Änderung des Jagdrechts eine neue Brisanz erhalten habe. Vor einiger Zeit sei über die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreis Steinfurt ein entsprechender Antrag eingebracht worden. Der Antrag sei kreisweit evaluiert und anschließend verworfen worden. Es sei aber nicht auszuschließen, dass das heute anders aussehen würde.

10.5. Ampelanlage Osnabrücker Straße/Windmühlenstraße/Aloysiusstraße, Anregung von Herrn Bonk

1:28:25

Herr Bonk teilt mit, dass das akustische Signal der Ampelanlage an der Kreuzung Osnabrücker Straße/Windmühlenstraße/Aloysiusstraße nicht synchron mit der Ampelbeleuchtung sei. Herr Bonk bittet um eine Überprüfung der Ampelanlage durch einen Techniker.

10.6. Beschilderung des Uferrandes der Ems, Anregung von Herrn Hachmann

1:29:01

Herr Hachmann fragt an, ob es möglich sei, am Uferrand der Ems Schilder mit beispielsweise folgendem Text aufzustellen „Hier kommen Sie nach Rheine“ oder „Hier verlassen Sie Emsdetten“.

10.7. Beratungsfolge in Vorlagen, Anfrage von Herrn Hachmann

1:29:50

Herr Hachmann bezieht sich auf die Beratungsfolge auf der ersten Seite der Vorlagen. Die Felder der Beratungsfolge seien für die Ratssitzungen nie ausgefüllt. Herr Hachmann fragt an, ob jemand diese Felder ausfülle und ob die Felder überhaupt genutzt werden. Er schlägt vor, die Felder einfach wegzulassen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:34 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Julia Seebeck
Schriftführerin